

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-002623/2025
an die Kommission
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Petra Steger (PfE)

Betrifft: Selenskyjs propagandistische Warnung vor angeblich bevorstehenden Militäroperationen Russlands in Europa

Am 22. Juni 2025 veröffentlichte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj auf der Plattform Telegram eine alarmierende Mitteilung, wonach seine Regierung angeblich über Beweise verfüge, dass Russlands Führung neue Militäroperationen in Europa vorbereite. Er kündigte an, seine internationalen Partner über diese angeblichen Fakten der ukrainischen Nachrichtendienste zu informieren. Zudem werde bereits an gemeinsamen Verteidigungsentscheidungen gearbeitet – insbesondere mit der EU und dem Vereinigten Königreich.¹

Diese Vorgehensweise, die europäische Öffentlichkeit mit unbelegten Kriegswarnungen zu konfrontieren, ist als gezielte propagandistische Eskalationsstrategie zu werten und wirft erhebliche Fragen auf – vor allem, weil Verteidigungsentscheidungen nicht in den Zuständigkeitsbereich der EU fallen und auch nicht zentral von Brüssel koordiniert werden dürfen. Selenskyj präsentiert sich damit – offenbar als Gegenleistung für das großzügige westliche „Kriegssponsoring“ – als willfähriger EU-Zentralist, der bereit ist, den gesamten Kontinent in einen regionalen Konflikt hineinzuziehen.

1. Wurde die Kommission von der Regierung Selenskyj über belastbare Beweise zu angeblich bevorstehenden Militäroperationen Russlands in Europa informiert?
2. Welche EU-Mitgliedstaaten sind nach den vorgelegten Informationen bedroht, und wie sollen diese Militäroperationen angesichts der stagnierenden Offensive Russlands in der Ukraine erfolgen?
3. Welche gemeinsamen Verteidigungsmaßnahmen wurden zwischen der Kommission und der Ukraine getroffen, und auf welcher rechtlichen Grundlage sieht die Kommission hierfür ihre Zuständigkeit?

Eingang: 30.6.2025

¹ <https://www.diepresse.com/19821031/ukraine-krieg-selenskij-warnt-vor-russischen-militaeroperationen-in-europa>